

Newsletter – KW 15/2018

Flucht, Migration und Integration

- I. Aktuelles
- II. Termine
- III. Fachinformationen
- IV. Maßnahmen, Veranstaltungen, Beratung, etc. für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Aktuelles

„Abstimmung zu Asylrechtsverschärfungen. Testfall für grüne Willkommenskultur.“

Taz, 28.03.2018

- „Ziel ist es, alle Gesetzesvorhaben so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen“, heißt es im Innenministerium. Ein Referentenentwurf zum Gesetz zum Familiennachzug sei fertig. Jenes soll den Nachzug von Familienmitgliedern für Flüchtlinge mit befristetem Schutzstatus drastisch einschränken. Das Gesetz zur Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Algerien, Tunesien und Marokko sei „rechtlich vergleichsweise unkompliziert.“ Auch bei den Asylzentren, die offiziell AnKER-Zentren heißen, geht Seehofer in die Offensive. Er will die gesetzliche Regelungen laut Ministerium „bis zur Sommerpause angehen“.
- Die Grünen sind an neun Landesregierungen beteiligt. Wenn sie in ihren Landeskabinetten jeweils auf eine Enthaltung bestehen, dann hätten die Groko-Pläne keine Mehrheit. Die Herkunftsstaaten und die Asylzentren werden deshalb zum Testfall. Wie ernst meinen die Grünen es mit der „harten Opposition“, die sie vollmundig angekündigt haben?

[Zum Artikel](#)

„Senat beschließt Standorte für modulare Flüchtlingsunterkünfte MUF 2.0“

Senat für Finanzen, 27.03.2018

- 25 Standorte, verteilt auf das ganze Stadtgebiet, wurden verbindlich festgelegt.

[Zur Meldung](#)

„Wie sollen Schulen auf Antisemitismus reagieren?“

Süddeutsche Zeitung, 27.03.2018

- Eine Zweitklässlerin an einer Berliner Schule wird von Mitschülern angepöbelt, weil sie nicht an Allah glaubt. Dieser Fall von religiösem Mobbing, der in Antisemitismus mündet, geschehen an der Paul-Simmel-Grundschule in Tempelhof und publik gemacht in der *Berliner Zeitung*, sorgt seit Beginn dieser Woche für Aufregung.
- Die Diskussion kreist vor allem um drei Fragen: Ist das, was in Tempelhof passiert ist, ein bedauerlicher Ausreißer – oder ist religiöses, gar antisemitisches Mobbing unter Schülern längst ein verbreitetes Phänomen? Wie können Schulen auf religiöse Ausgrenzung und Herabsetzung reagieren? Und: Was unternimmt die Gesellschaft dagegen schon?

[Zum Artikel](#)

„Humanitäre Bleiberechtsregelung statt Abschiebungs-Debatte“

Die Linke./Ulla Jelpke, 26.03.2018

- Über 31.000 Geduldete leben bereits seit über fünf Jahren in Deutschland. Statt über Verschärfungen der Abschiebungsregelungen müssen wir endlich über effektive Bleiberechtsregelungen für Geduldete diskutieren. Die hier lebenden Geflüchteten schnell zu integrieren und in Arbeit zu bringen ist nicht nur menschlicher, sondern auch gesamtgesellschaftlich sinnvoller.

[Zur Pressemitteilung](#)

„Oury Jalloh: Gutachter schließt Selbsttötung aus.“

MDR, 26.03.18

ZEIT, 28.03.2018

- Der toxikologische Gutachter, Gerold Kauert, hat eine Selbsttötung des in Polizeigewahrsam verbrannten Asylbewerbers Oury Jalloh ausgeschlossen. Hätte sich Jalloh bewusst selbst verbrannt, wäre der Verbrennungsprozess eine extreme Stresssituation gewesen, sagte Kauert dem MDR. In Jallohs Urin seien aber "keine Zeichen einer tödlichen Stresseinwirkung nachweisbar" gewesen.

[Zum Artikel \(MDR\)](#)

[Zum Artikel \(ZEIT\)](#)

„Wie sich der Rassismus modernisiert hat.“

Deutschlandfunk, 22.03.2018

- "Was mich umtreibt ist, dass wir einen Rassismus erleben, der sogar ohne Rasse auskommt", sagt Balibar. "Das moderne Hassobjekt ist der Islam beziehungsweise es sind die Muslime. Das zeigt, dass sich Rassismus immer wieder modernisiert, und auch wenn seine biologistische Variante nicht mehr verfängt, kehrt er als kultureller Rassismus zurück. Eine Religion wird als Ersatz genommen, um rassistisches Denken aufrecht zu erhalten."

[Zum Artikel](#)

„Neuer UNHCR-Chef über Koalitionsvertrag: 'Sehr viele Fragen bleiben offen.'“

TAZ, 19.03.2018

- Deutschland ist nach den USA zweitgrößter Geldgeber der UN-Flüchtlingshilfe. Dennoch kritisiert Dominik Bartsch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

[Zum Artikel](#)

„Die Zahlen extrem rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in

Berlin sind gesunken. Dennoch kein Grund zur Entwarnung. Rassismus ist das häufigste Motiv.“

ReachOut, 13.03.2018

- In den Jahren 2015 und 2016 mussten wir mit 320 und 380 Taten die höchsten Angriffszahlen seit Bestehen der Berliner Beratungsstelle, ReachOut, registrieren. Für das zurückliegende Jahr verzeichnen wir erstmals keinen weiteren Anstieg der Gewalttaten und der massiven Bedrohungen.
- Am auffälligsten ist der Rückgang der rassistisch motivierten Taten um fast 48%. Hier sehen wir einen Zusammenhang damit, dass kaum noch Aufmärsche und Kundgebungen gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte 2017 stattgefunden haben und diese auf wenig Resonanz trafen. Das zeigt einmal mehr, wie eng der Zusammenhang zwischen den lokalen rassistischen Mobilisierungen und den gewalttätigen Angriffen gegen Personen ist.

Zur Pressemitteilung

„Neue Bundesregierung: Geplante Migrationspolitik geht an wissenschaftlichen Erkenntnissen vorbei – zukunftsweisende Politik sieht anders aus.“

Rat für Migration, 13.03.2018

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag warnt der Rat für Migration (RfM), ein Zusammenschluss von über 150 Migrationsforscherinnen und -forschern, vor einer Politik, die auf Ausgrenzung und Abschottung setzt.

Zur Pressemitteilung

Termine

Ringvorlesung:

Jüdische und islamische Perspektiven auf Menschenrechte. Dialogische Ringvorlesung 2017/18

Jüdisches Museum Berlin

- In der Theorie garantiert die Idee der Menschenrechte allen Religionen und Weltanschauungen ihren gleichberechtigten Platz. Da sie jedoch im christlich-europäischen Kontext formuliert wurde, gibt es auch Kritik an ihrem universalen Anspruch. Die Ringvorlesung fragt daher, wie Judentum und Islam die Menschenrechte innerhalb ihrer religiösen Traditionen auslegen.
- Expert*innen beider Religionen setzen sich mit der Frage auseinander, ob und auf welche Weise konkrete Menschenrechte wie das Recht auf Leben, auf Meinungsfreiheit, auf Geschlechtergerechtigkeit und auf Religionsfreiheit innerhalb ihrer Religionen theologisch begründet und in der Praxis umgesetzt werden können. Zu jeder Vorlesung sind zwei Wissenschaftler*innen eingeladen, die die jeweiligen Positionen vorstellen und miteinander in einen Dialog treten.

Zum Programm

Fachinformationen

„Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit. Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland.“

OECD, 03/2017

- Aufgrund der Dauer des Asylverfahrens und ihrer vorherigen Teilnahme an integrationsvorbereitenden Maßnahmen treten die 2015/2016 Eingereisten erst jetzt langsam in den Arbeitsmarkt ein. Im Februar 2017 handelte es sich bereits bei rd. 9% aller registrierten Arbeitssuchenden in Deutschland um Flüchtlinge und Asylbewerber, über die Hälfte davon Syrer. Somit ist nun ein guter Zeitpunkt gekommen, um die Rahmenbedingungen der Integration in Deutschland und die Politikänderungen der jüngsten Zeit zu evaluieren.
- Bei den frühzeitig greifenden Integrationsmaßnahmen wurde der **Vermittlung grundlegender Sprachkenntnisse und der Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs** für Asylbewerber Priorität eingeräumt, was wichtige Schritte in die richtige Richtung sind.
- In der kommenden Zeit wird die Herausforderung darin bestehen, die häufig etwas isolierten ersten Integrationsmaßnahmen in eine **koordinierte längerfristige Strategie** einzubinden, **die der Diversität der Flüchtlinge Rechnung trägt und die sie mit den Kompetenzen ausstattet, die sie benötigen, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt langfristig beschäftigungsfähig zu sein.**

[Zur Studie](#)

„Aufenthaltsrechtliche Illegalität.“

Deutsches Rotes Kreuz/ Caritas, 2017.

Mit diesem Handbuch soll die einfachgesetzliche Rechtslage für den Zugang zu zentralen Lebens- und Versorgungsbereichen von Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität skizziert werden. Nach einer kurzen Situationsanalyse geben wir Handlungsvorschläge, die jedoch nicht den Anspruch einer »Lösung« der Situation haben. Es folgt ein sicherlich nicht vollständiges Adressverzeichnis von Organisationen, Vereinen und Initiativen, die Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität unterstützen.

[Zur Arbeitshilfe](#)

„Geflüchtete und berufliche Bildung.“

Bundesinstitut für Berufsbildung, 2017

- Die Forschung zur beruflichen Bildung (junger) Geflüchteter, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, steht noch am Anfang. Gleichwohl liegen erste empirische Ergebnisse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Nachfrage nach, zum Zugang zu sowie zur Gestaltung beruflicher Ausbildung vor. Vor diesem Hintergrund stellt das vorliegende wissenschaftliche Diskussionspapier Forschungsarbeiten des BIBB und andere aktuelle Ergebnisse zur beruflichen Bildung junger Geflüchteter in einem Band vor.
- Dabei werden zentrale Fragen der Beteiligung junger Geflüchteter an berufliche Bildung in Deutschland erörtert, so zum Beispiel, wie Geflüchtete in die berufliche Bildung integriert werden können, in

welchem Umfang Ausbildungsplätze für Geflüchtete benötigt werden, welche Unterstützungsbedarfe bei ihnen im Vorfeld und im Verlauf einer beruflichen Ausbildung existieren und wie Betriebe der Ausbildung von Flüchtlingen gegenüberstehen, um nur einige zu nennen.

[Zur Studie](#)

„Begriffsklärung: Integration und Inklusion“

Caritas, 02/2018

- Integration oder Inklusion - diese zwei Begriffe sind im Zusammenhang mit Migration in Deutschland häufig Auslöser von kontroversen Debatten. Gibt es allgemeingültige Definitionen dieser Begriffe? Wie lassen sich die beiden Begriffe unterscheiden? Was sind die wesentlichen Grundpositionen in den neueren Diskursen zu Integration und Inklusion? Welche Ansätze und Konzepte stehen hinter diesen Begriffen?

[Zum Factsheet](#)

„Informationen zu Mitwirkungspflichten bei der Passbeschaffung.“

Fluechtlingshelfer.info 03/2018

Sowohl Ausländerbehörden als auch das BAMF fordern in vielen Fällen Geflüchtete auf, bei der Botschaft ihres Herkunftsstaats einen Pass zu beantragen. In machen Fällen drohen die Behörden mit Sanktionen. Das Portal fluechtlingshelfer.info hat die wichtigsten Informationen und Materialien zum Thema übersichtlich zusammengestellt.

[Zum Factsheet](#)

Maßnahmen, Veranstaltungen, Beratung, etc. für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Training:

„Hatespeech begegnen“

Amadeu-Antonio-Stiftung

- Warum sind Hate Speech und menschenfeindliche Handlungen im Netz ein Problem? Und für wen? Wie kann ich Gegenrede einbringen und in welchen Situationen lohnt sich das überhaupt? Dieses Wissen geben nun über 40 ehrenamtliche Trainer_innen im Rahmen von Workshops an Schüler_innen und junge Erwachsene weiter - zum Beispiel an Schulen, Berufsschulen, bei Fortbildungen oder in Jugendfreizeiteinrichtungen.

[Zum Angebot](#)
